

Zum Tag
der Wiedervereinigung
am 3. Oktober 1990

Deutsche Erinnerungshilfen

Jürgen Aretz

Sechzehn Jahre liegt er nun zurück, jener 3. Oktober 1990, der Tag der Wiedervereinigung. Mit ihm endete ein historischer Prozess, der bei oberflächlicher Betrachtung im Spätsommer 1989 begonnen hatte. Noch bis weit in das Jahr 1990 hinein hätten viele Menschen in Deutschland das Ergebnis dieses Prozesses für undenkbar gehalten – darunter nicht wenige unter den politisch Handelnden in der Bundesrepublik.

In Teilen der politischen Klasse Westdeutschlands schien die Wiedervereinigung Deutschlands nicht einmal erstrebenswert. Das galt für wichtige Strömungen in der damaligen Opposition von SPD und Grünen, das galt aber selbst – zumindest zunächst – auch für vereinzelte Positionen in der FDP. Die Liberalen stellten als Koalitionspartner von Helmut Kohl immerhin den Außenminister.

Langfristige Strategie

Solche Einstellungen erscheinen vordergründig wenig patriotisch. Tatsächlich gingen viele ihrer Vertreter aber davon aus, dass der Erhalt des Status quo – also auch die Anerkennung des Herrschaftsanspruchs der Sowjetunion über einen großen Teil Europas und Deutschlands – unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung des Friedens sei. Dem waren nach dem Grundkonzept der Entspannungspolitik von Willy Brandt alle anderen politischen Ziele unterzuordnen. Nicht ausgesprochen, schloss das die Unfreiheit der Menschen im sowjetischen Herrschaftsbereich ein.

Dieses Verständnis von Entspannungspolitik wurde links von der politischen Mitte in Westdeutschland zum Dogma erhoben. Diejenigen, die vor 1990 für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und damit indirekt für die Wiedervereinigung eintraten, galten als „kalte Krieger“, günstigstenfalls als „Sonntagsredner“, die geistig in der Ära Adenauer stehen geblieben seien. Auch heute noch tun sich die damals so Urteilenden schwer anzuerkennen – und die meisten haben es bis jetzt nicht geschafft –, dass es in der Tat letztlich Adenauers langfristig angelegte deutschlandpolitische Strategie gewesen ist, die grundlegende Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit geschaffen hat.

Adenauer war 1949 Kanzler der Bundesrepublik Deutschland geworden, eines „Provisoriums“, das geografisch mit dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen identisch war. Die Sowjetunion reagierte auf die Gründung der Bundesrepublik und installierte in ihrer Besatzungszone die DDR. Ursprünglich waren die Alliierten während des Zweiten Weltkrieges übereingekommen, Deutschland gemeinsam zu regieren. Das Zerwürfnis zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion, das kurz nach Kriegsende zutage trat und rasch zum Kalten Krieg eskalierte, führte zur tatsächlichen Spaltung Deutschlands. Es gehört zu den offensichtlich unausrottbaren Legenden, die deutsche Teilung sei das unmittelbare Ergebnis der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft – gewisser-

maßen die schicksalhaft gerechte Strafe für das politisch-moralische Versagen Deutschlands in der nationalsozialistischen Zeit. Diese ahistorisch-moralisierende Argumentation liegt auch der Haltung so mancher Linksintellektueller zugrunde, die 1990 vehement gegen die Wiedervereinigung Stellung bezogen.

Deutschlandpolitik unter Adenauer

Im Unterschied zu den meisten seiner Zeitgenossen hatte Adenauer erkannt, dass die deutsche Teilung friedlich nur überwunden werden konnte – und eine andere Option kam nicht in Betracht –, wenn sich die politischen Verhältnisse innerhalb der Sowjetunion ändern und die östliche Vormacht ihre Interessenlage selbst neu definieren würde. Bis dahin musste aus Adenauers Sicht eine umfassende Strategie verfolgt werden: Außenpolitisch galt es, die Bundesrepublik fest in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien und in der Folge auch in ihre Verteidigungsgemeinschaft zu integrieren, die westlichen Staaten auf das politische Ziel der Wiedervereinigung festzulegen (unter anderem durch den Deutschlandvertrag von 1952), das Bündnis mit den USA auf jeder Ebene zu festigen und die europäische Integration zu fördern. Ebenso klar waren die innenpolitischen Notwendigkeiten. Die Bundesrepublik musste politisch, wirtschaftlich und sozial so vorbildhaft und erfolgreich werden, dass ihr Modell in der von ihm erwarteten historischen Stunde als „Magnet“ auf die Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR wirken würde. Die spätere Entwicklung hat Adenauer Recht gegeben.

Es ist übrigens bezeichnend, dass bis heute Michail Gorbatschow als der Erfinder des Wortes von dem „gemeinsamen europäischen Haus“ gilt, in dem alle Völker des Kontinentes Platz haben sollten. Tatsächlich war es Konrad Adenauer, der dieses Wort prägte, allerdings einen ent-

scheidenden Halbsatz hinzufügte: Das gemeinsame europäische Haus müsse ein Haus der Freiheit sein. Wenige Wochen nachdem er diesen programmatischen Satz im Sommer 1961 formuliert hatte, errichtete die DDR die Berliner Mauer.

Adenauer sah in dem anderen deutschen Staat, der 1949 auf dem Boden der SBZ entstanden war, kein Modell, für das sich die Deutschen in einer freien Wahl jemals entscheiden würden. Die DDR enthielt ihren Bürgern entscheidende Entfaltungs- und Freiheitsrechte vor und war in jeder nur denkbaren politischen und ökonomischen Beziehung von der Sowjetunion abhängig. Dieses System konnte weder ideell noch materiell den Menschen die Lebensqualität bieten, die für die Westdeutschen im Laufe der Zeit zur Selbstverständlichkeit wurde. Seit dem Mauerbau waren die siebzehn Millionen Deutschen in der DDR zwar faktisch eingeschlossen, aber sie hatten insbesondere über die westdeutschen Fernsehprogramme ein Bild von der unterschiedlichen Entwicklung in den beiden Staaten.

Rückbesinnung unter Kohl

Die von Adenauer entwickelte Deutschland- und Europapolitik – er hat stets deren unaufhebbaren Zusammenhang gesehen – erlebte mit dem Regierungsantritt von Helmut Kohl im Jahre 1982 zwar keine Renaissance im unmittelbaren Sinne. Das wäre auch unmöglich gewesen. Kohls CDU bildete eben nicht nur eine Koalition mit der CSU, sondern er hatte mit der FDP den früheren Koalitionspartner SPD in seiner Regierung. Schon von daher konnte nicht ernsthaft daran gedacht werden, die bisherige Politik zu verwerfen. Im Übrigen war es für Kohl selbstverständlich, die geschlossenen Verträge zu respektieren und dem römischen Grundsatz *pacta sunt servanda* („Verträge sind zu bedienen“) zu folgen.

Auch haben Kohl und seine Berater 1982/1983 sicher nicht das Ende der DDR für das Jahr 1990 vorhergesehen – das konnte zu dem damaligen Zeitpunkt niemand. Aber Kohl kehrte unmissverständlich zu den entscheidenden Grundlagen der Deutschlandpolitik zurück, wie sie in der Präambel des Grundgesetzes von 1949 festgelegt worden waren und die von den CDU/CSU-geführten Bundesregierungen stets als Maxime ihres Handelns betrachtet wurden: dass die deutsche Frage so lange offen sei, wie sie von den Deutschen nicht frei und selbstbestimmt entschieden worden sei.

Veränderte Rahmenbedingungen

Diese Rückbesinnung auf die Grundlagen einer freiheitlichen Deutschlandpolitik fiel in eine Zeit, in der sich die Rahmenbedingungen dramatisch veränderten – und von Helmut Kohl bewusst mit verändert wurden. Das gilt im Besonderen für den NATO-Doppelbeschluss, bei dessen Umsetzung im westlichen Bündnis die Bundesregierung eine Schlüsselrolle spielte. Kohls sozialdemokratischer Vorgänger Helmut Schmidt war an dieser Frage in seiner eigenen Partei gescheitert. Die Standfestigkeit des neuen deutschen Bundeskanzlers – und die seiner Mitstreiter Ronald Reagan, François Mitterrand und Margaret Thatcher – trug indirekt zu nachhaltigen Veränderungen in der Sowjetunion bei.

Die östliche Weltmacht erfuhr mit dem Scheitern ihrer Afghanistan-Invasion – dem sogenannten „Vietnam der Sowjetunion“ – einen nicht für möglich gehaltenen Schlag. Durch die Wahl eines „polnischen Papstes“ wurde die Opposition in seinem Heimatland gestärkt, das sozialistische Polen in seinen Grundfesten erschüttert. Das Satellitensystem der Sowjetunion geriet in Gefahr. Die nachfolgenden Veränderungen in Moskau erhielten mit Michail Gorbatschow ein Gesicht. Die Sowjetunion musste ihre Interessenlage

neu definieren, wie Adenauer es drei Jahrzehnte zuvor als Voraussetzung für grundlegende Veränderungen in Europa und auch in der deutschen Frage prognostiziert hatte. Auf (west-)deutscher Seite hielt Kohl unbeirrt am Wiedervereinigungs-Gebot fest. Nachdem seine Vorgänger die Wiedervereinigung zum „Unthema“ gemacht oder gar von der Wiedervereinigung als der „Lebenslüge der Bundesrepublik“ gesprochen hatten (Willy Brandt), betonte Kohl offensiv, die Wiedervereinigung bleibe Ziel der deutschen Politik.

Die westdeutsche Politik hat die Lösung der deutschen Frage seit 1949 stets im europäischen Kontext gesehen; europäische Einigung und deutsche Wiedervereinigung, so Helmut Kohl, seien zwei Seiten derselben Medaille. Eine bewusst nach vorne gewandte, also in den Kontext einer friedlichen Europapolitik gestellte Deutschlandpolitik konnte daher entgegen der DDR-Propaganda keinen „revanchistischen“ Charakter haben. Die veränderten weltpolitischen und europäischen Rahmenbedingungen, die deutschlandpolitische Grundsatztreue und das entschlossene Handeln der Regierung Kohl, im entscheidenden Augenblick die dramatischen Entwicklungen auf dem Gebiet der DDR mit Massendemonstrationen in den Städten, vorbereitet durch die mutige und im Westen vielfach unterschätzte Bürgerrechtsbewegung – im Rückblick hat jeder dieser Faktoren unverzichtbare Bedeutung für den historischen Prozess, der schließlich zum 3. Oktober 1990 führte.

De Maizières Vorstoß

Bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag verblüffte der aus den einzigen freien Wahlen der DDR hervorgegangene Ministerpräsident Lothar de Maizière im Juli 1990 mit der Forderung, frühzeitig die Frage der nationalen Symbole zu beantworten – Flagge, Hymne

und Hauptstadt. Dieses Denken war der Mehrheit der Bonner Delegation fremd, den Politikern ebenso wie den begleitenden Regierungsmitarbeitern. Sie hatten sich zuvorderst auf die Lösung inhaltlicher Fragen eingestellt – Fragen des Föderalismus oder des Rechtssystems etwa. Wie ernst es dem Juristen und Musiker de Maizière mit seinem Vorstoß war, wurde deutlich, als er nachsetzte und vorschlug, der offiziellen deutschen Nationalhymne (dritte Strophe *Deutschlandlied, Einigkeit und Recht und Freiheit*) in Zukunft eine Strophe der DDR-Hymne folgen zu lassen (*Auferstanden aus Ruinen*). Das sei, wie er als studierter Musiker wisse, durchaus mit der Haydn-Melodie vereinbar.

Diese Episode aus den Verhandlungen weist auf ganz unterschiedliche Erwartungen und Mentalitäten hin: Die meisten Westdeutschen gingen davon aus, die Bundesrepublik werde um das Gebiet der DDR erweitert, und im Übrigen bleibe alles im Wesentlichen unverändert. Die Deutschen in der DDR wollten 1990 zwar in ihrer überwältigenden Mehrheit den Beitritt zur Bundesrepublik auf der Grundlage des Artikels 23 Grundgesetz (alt), aber viele suchten gleichwohl ein Stück „DDR-Identität“ mit einzubringen – und sei es in symbolischer Form.

Suche nach Gemeinsamkeiten

Der für manchen Beobachter irritierende Vorstoß des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière resultierte aus einer Einstellung, die im Osten der heutigen Bundesrepublik vielfach anzutreffen war – und bisweilen noch anzutreffen ist. Der gescheiterte sozialistische Irrweg hatte dazu geführt, dass man nach der Wiedervereinigung in der deutschen Geschichte so weit möglich wieder dort anzufangen suchte, wo die Gemeinsamkeiten durch die von außen erzwungene Teilung beendet worden waren. Im Übrigen sollte – de Maizières Hymnen-Vorstoß war das erste Beispiel – möglichst viel von der

„DDR-Identität“ in das wiedervereinigte Deutschland „gerettet“ werden, soweit es durch den DDR-Sozialismus beziehungsweise sein Regime nicht völlig diskreditiert war. Das lässt sich selbst für so problematische Themen nachvollziehen wie etwa das „Hinüberretten“ der im westdeutschen Verständnis rechtsstaatswidrigen Enteignungen, die unter der sowjetischen Besatzungsmacht vollzogen worden waren.

Von der „DDR-Identität“ ist nicht viel in den Vereinigungsprozess eingeflossen. Das war von westdeutscher Seite auch nicht gewollt. Längst war aus dem Provisorium Bundesrepublik im Verständnis der Westdeutschen ein vollwertiger Staat geworden, der nicht zur Disposition stand. Tatsächlich aber erlebte die Geschichte der Bundesrepublik mit dem Beitritt der DDR eine tiefere Zäsur, als es vielen Westdeutschen schien.

Verschiedene Welten

Nicht nur die Erfahrungswelten von Ost und West waren ganz verschieden, auch das Denken hatte sich unterschiedlich entwickelt. Vereinfacht gesagt: Im Westen Deutschlands richtete sich der Blick üblicherweise weiter nach Westen, wenn es um die geistige und politische Orientierung ging. Im Osten schauten die meisten Menschen vor 1990 zwar in materieller Hinsicht nach Westen, geistig aber suchten sie oft einen eigenen Standort. Das hing unter anderem mit der Wahrnehmung des Westens zusammen und dem Ausschluss von den Diskussionen und Prozessen, die Westdeutschland in den Jahrzehnten zuvor verändert hatten. Bei aller Bewunderung für den materiellen Erfolg erschien westdeutsches Denken vielen fremd. Für diejenigen, die in der Sowjetunion keine Alternative sahen, blieb dann nur die Suche nach einem Anknüpfungspunkt in der gemeinsamen Vergangenheit mit dem Westen.

Zumindest zwei weitere Faktoren gilt

es zu berücksichtigen. Zum einen: Die traditionellen – nicht zuletzt bürgerlichen – Eliten hatten, solange das möglich war, die SBZ beziehungsweise die DDR in großer Zahl verlassen. Zum anderen war dieser Teil Deutschlands weltanschaulich längst nicht mehr mit dem Westen vergleichbar.

Das Christentum hatte zwar um 1990 auch in der alten Bundesrepublik seine gesellschaftlich und politisch bestimmende Funktion weithin eingebüßt, aber soweit die Kirchen in den Diskussionen über grundsätzliche politische und gesellschaftliche Fragen ihre Stimme erhoben, wurden sie über die Parteigrenzen hinweg sehr ernst genommen. Zumindest in einer säkularisierten Form existierten christliche Werte, christliches Denken und Verhalten in der westdeutschen Gesellschaft fort. In der DDR gab es das längst nicht mehr. Schon vor 1933 war das spätere DDR-Gebiet in Teilen „entchristlicht“. Unter den Nationalsozialisten setzte eine antichristliche Politik ein, die von den Kommunisten in ihrem Herrschaftsbereich unter veränderten ideologischen Vorzeichen noch intensiver weiterbetrieben wurde. Die Zahl der Christen in der DDR lag 1990 bei unter dreißig Prozent. Christen haben zwar bei dem demokratischen Neubeginn 1989/90 als Kandidaten große Unterstützung erfahren, weil sie dem alten System in der Regel fern oder offen ablehnend gegenübergestanden hatten. Diese Unterstützung hat aber in der Folge deutlich nachgelassen.

Sozial- oder politikwissenschaftliche Befunde aus Westdeutschland können nicht ohne Weiteres auf Ostdeutschland übertragen werden. Aus westdeutschen Untersuchungen aber ist bekannt, dass es einen unmittelbaren positiven Zusammenhang gibt zwischen christlicher Bindung und demokratischem Verhalten und Engagement. Auch hier könnten sich Erklärungsansätze für die unterschiedli-

che Situation in den neuen und den alten Ländern bieten.

Historisch einmalig

Über den Einigungsvertrag ist in der Folge heftig diskutiert worden. Im distanzierten Rückblick wird man angesichts der internationalen Rahmenbedingungen und des daraus resultierenden knappen Zeitfensters, das zur Verfügung stand, dem Vertragswerk ein gutes Gesamtzeugnis ausstellen können – trotz mancher Unzulänglichkeit im Detail. Es galt, das Erbe eines ökonomisch, ökologisch, politisch und moralisch ruinierten sozialistischen Staates in einen freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu integrieren – eine Aufgabe ohne historische Parallele, für die es in den wissenschaftlichen Bibliotheken der Welt auch keine theoretische Handreichung gab.

Die Feststellung gilt unabhängig von der Tatsache, dass manche Politiker und Regierungsmitarbeiter, die 1990 und danach den Einigungsprozess auf westdeutscher Seite mitgestaltet haben, wenig von dem neuen Osten der Bundesrepublik wussten. Auch daraus resultierte bisweilen fehlendes sachliches und menschliches Verständnis. Die Frage bleibt, ob das von den Verantwortlichen, die aufseiten des viel größeren und stärkeren Partners tätig waren, nicht in höherem Maße hätte erwartet werden dürfen. Tatsächlich herrschte hier die Einstellung vor, wenn erst – wie 1990 schon kurzfristig erwartet wurde – der demokratische und soziale Rechtsstaat im Beitrittsgebiet eingeführt und die materiellen Probleme im Wesentlichen gelöst sein würden, wäre die Einheit verwirklicht. Selbst Berater in der Umgebung Helmut Kohls hingen dieser realitätsfremden Auffassung an.

Tatsächlich sahen sich die gerade aus der DDR-Bevormundung entlassenen Menschen nach 1990 in fast allen Lebensbereichen grundsätzlich neuen Herausforderungen ausgesetzt. Ihr praktisches

Wissen, ihre „Lebentechniken“ waren durch die neue Ordnung vielfach überholt oder zumindest infrage gestellt. Geistig und politisch wollten sie zwar das alte System loswerden, aber sie fanden auch keinen unmittelbaren Zugang zu dem neuen System. Der Erfurter Bischof Wanke sprach davon, die Menschen seien einer nicht vorhergesehenen „Nachmodernisierung“ ausgesetzt gewesen.

Nicht wenige in der ehemaligen DDR fühlten sich im Laufe der Zeit immer mehr überfordert – und angesichts bisweilen unrealistischer materieller Erwartungen tief enttäuscht. Aus dem Gefühl, ihre bisherige Lebensleistung werde gering geschätzt und entwertet, entwickelten sie, wie es der evangelische Theologe und Sozialdemokrat Richard Schröder formulierte, einen „Identitätstrotz“.

Verweigerung der Linken

Die postkommunistische PDS hat sich zum Sprachrohr dieses Lebensgefühls gemacht, und sie instrumentalisiert solche Befindlichkeiten systematisch. Ihre guten Wahlergebnisse haben hier einen Erklärungsgrund. Das Verhalten der PDS findet seine Entsprechung bei der westdeutschen Linken. Zwar haben traditionelle Sozialdemokraten wie Hans-Jochen Vogel den Prozess der deutschen Einheit aus historischer und politischer Verantwortung unterstützt. Für andere Sozialdemokraten und überhaupt die Linke in der alten Bundesrepublik gilt das nicht. Sie hatten die Wiedervereinigung längst nicht mehr gewollt. Das Zustandekommen der Einheit widerlegte ihr politisches Weltbild und stand im Widerspruch zu ihrer Vorstellung von einem „über-“ oder „postnationalen“ Deutschland – was immer das bedeuten mochte.

Die Linke in der Bundesrepublik hat sich der deutschen Einheit politisch un-

einsichtig und menschlich unsolidarisch bis fast zuletzt verweigert. Mit der Begründung, wer später komme, müsse sich hinten anstellen, suchte Gerhard Schröder unmittelbar vor der Maueröffnung dem Umsiedlerstrom aus der DDR zu begegnen (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 8. November 1989). Wenige Monate später lehnte er als neu gewählter Ministerpräsident Niedersachsens ebenso wie sein saarländischer Kollege Oskar Lafontaine im Bundesrat den Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR ab. Es bedurfte der massiven Einwirkung Vogels und auch Brandts, um beide für ein Ja zum Einigungsvertrag zu gewinnen. Die deutsche Sozialdemokratie konnte so vor einer historischen Niederlage bewahrt werden.

Den Empfindungen der Bevölkerungsmehrheit entsprachen solche Manöver nicht. Die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde als nationales Ereignis überschwänglich gefeiert. Von diesem Überschwang ist nach sechzehn Jahren kaum noch etwas zu spüren. Längst ist Normalität in Deutschland eingekehrt, und das ist grundsätzlich positiv zu bewerten. „Unnormal“ war der Zustand der Teilung.

Freilich scheinen bisweilen aktuelle Fragen den Blick zu verstellen für die historische Aufgabe, die 1990 in und für Deutschland gelöst wurde. Anschließende Herausforderungen sind vielfach unterschätzt worden. Ein entscheidendes Fazit aber bleibt: Es ist gelungen, die Einheit Deutschlands mit Zustimmung aller Nachbarn zu erreichen. Die neue Ordnung hat den Frieden auf unserem Kontinent sicherer gemacht und allen Deutschen die Freiheit gebracht. Noch vor wenig mehr als sechzehn Jahren galt das als Vision politischer Träumer.